

# Eurobonds-Streit spaltet EU

Die EU drängt auf mehr Einfluss in Staatsbudgets und auf Eurobonds, das gemeinsame Schuldenmachen aller Euroländer. Österreich würde das jährlich 3 Mrd. Euro mehr kosten.

**Brüssel** – „Warum soll Österreich auf niedrige Zinsen verzichten und teure Eurobond-Zinsen zahlen?“ Diese Frage stellte sich gestern Österreichs Finanzministerin Maria Fekter und stand mit ihrem Nein zu der Einführung von gemeinsamen Anleihen aller Euroländer nicht alleine da. Auch Deutschlands Kanzlerin Angela Merkel blieb gestern bei einem klaren Nein zu Eurobonds und kritisierte gleichzeitig EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso scharf für seinen Vorstoß.

Barroso hat gestern im Kampf gegen die Schuldenkrise mehrere Varianten von Eurobonds vorgestellt (siehe Grafik rechts). Im Kern geht es darum, dass alle Euroländer gemeinsam Schulden am Finanzmarkt aufnehmen. Eine solche Solidarhaftung würde in der Theorie die Krisenländer bevorzugen, weil sie dann geringere Zinsen als derzeit für die Kreditaufnahme zahlen müssen. Und sie würde all jene vergleichsweise soliden Staaten benachteiligen, weil für sie die Zinszahlungen steigen würden. Für belgische Staatsanleihen stiegen gestern die Zinsen auf bis zu 5,5%, auch italienische und spanische Zinsen sind wieder nahe 7%.

Gleichzeitig mit den Eurobonds legte Barroso Entwürfe vor, um die nationalen Budgets der Staaten schärfer zu überwachen. Eine schärfere Budgetkontrolle in der Eurozone würde die Mitgliedstaaten zwingen, ihre Budgetentwürfe jedes Jahr zur selben Zeit vorzulegen und der EU-Kommission Zugang zu den Daten zu gewähren, erklärte die Brüsseler Behörde.

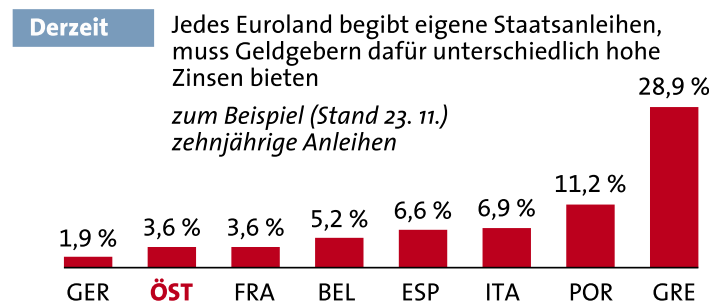
Der Streit um Eurobonds reißt die Gräben zwischen den Euroländern noch tiefer auf. Finanzministerin Fekter ist „striktest“ gegen Eurobonds.



EU-Kommissionspräsident Barroso stößt mit dem Vorschlag von Eurobonds auf heftigen Widerstand der Euro-Geberländer. Foto: Reuters

Österreich würde seine gute Bonität gefährden und müsste Zinsen jenseits der 5% zahlen, so Fekter. Das wäre ein Drittel mehr als jetzt. Derzeit zahle Österreich 9 Mrd. Euro, dann wären es 12 Mrd. Euro. „Das würde das Budget heillos überfordern“, so Fekter. Othmar Karas, ÖVP-Delegationsleiter im EU-Parlament, ist indes „überzeugt, dass die Vorteile überwiegen“. Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble ist gegen Eurobonds, weil sie den Druck von Schuldensündern nehmen würden, ihre Budgets zu sanieren. Für Österreichs Nationalbankchef Ewald Nowotny sind Eurobonds ohne Mitwirkung Deutschlands ohnehin nicht umsetzbar. (TT, dpa, APA)

## Eurobonds – Mögliche Varianten



### In Diskussion: Euro-Bonds

- Variante 1** Vollständige Umstellung aller nationalen Staatsanleihen auf Euro-Bonds mit gemeinschaftlicher Haftung
  - Änderung der EU-Verträge nötig
- Variante 2** Teilweiser Ersatz nationaler Anleihen durch Euro-Bonds mit ebenfalls gemeinsamer Haftung, Länder dürfen sich dabei nur bis zu einer bestimmten Grenze über Euro-Bonds finanzieren
  - Änderung der EU-Verträge nötig
- Variante 3** Begrenzt gemeinschaftliche Schuldscheine, keine gemeinsame Haftung der Euroländer, jedes Land haftet anteilig selbst
  - Keine Änderung der EU-Verträge nötig

Quelle: APA; Grafik: Austria Presse Agentur **APA**

## USA testen ihre Großbanken auf einen Europa-Schock

**Washington** – Die USA wappnen sich für einen möglichen Schock aus der europäischen Schuldenkrise und prüfen, ob die US-Großbanken einer neuen Finanzkrise standhalten könnten. Die US-Notenbank Fed prüft bei ihrem jährlichen Stresstest, wie die wichtigsten Banken des Landes bei einem dramatischen Wertverlust europäischer Staatsanleihen oder Finanztitel dastehen wür-

den. Die Prüfung soll die Schwächen der Banken aufdecken, um einem Kollaps entgegenwirken zu können. Dem globalen Schock-Szenario müssen sich die sechs größten US-Institute stellen: Bank of America, Citigroup, Goldman Sachs, JPMorgan Chase, Morgan Stanley und Wells Fargo.

Die Fed geht bei ihrem Schock-Szenario von ähnlichen Verwerfungen aus wie bei der Lehman-Pleite 2008,

als Großbanken nur dank Staatshilfen weiterexistieren konnten.

Am US-Stresstest 2011 hatten insgesamt 19 Häuser teilgenommen. Für 2012 müssen 12 weitere Banken ihre Unterlagen bis zum 9. Jänner einreichen. Diese 31 Institute müssen im Extrem-Szenario beweisen, ob sie genug Kapital haben, um einen schweren Wirtschaftseinbruch verkraften zu können. (dpa)

### 3 Fragen an



**Günther Minatti**  
Fondsmanager Nova Portfolio

### Geberländer müssen aus Euro austreten

Günther Minatti plädierte im Rahmen eines Info-Abends der Finanzdienstleister an der Wirtschaftskammer für eine Spaltung der Eurozone.

**1** Gibt es eine Lösung für die Schuldenkrise? Der Rettungsschirm ist gescheitert. Die südeuropäischen Krisenstaaten sind nicht mehr zu retten. Früher oder später wird man alle Schulden streichen müssen. Damit wären auch die großen Banken Europas pleite.

**2** Soll die Europäische Zentralbank eingreifen? Die EZB wird missbraucht. Sie bekommt indirekt das Recht, Geld zu drucken, indem sie Staatsanleihen aufkauft. Man tauscht damit einfach die Gläubiger aus – von den Banken zu den Bürgern. Das Dilemma: Drückt die EZB Geld, werden durch Inflation langfristig Spareinlagen vernichtet. Drückt sie kein Geld, kommt es zum Crash, dann zahlen die Geberländer und damit die Bürger.

**3** Wofür plädieren Sie? Geberländer wie etwa Österreich oder Deutschland sollten sofort aus der Eurozone aussteigen und mit einem harten Euro in der Wirtschaftsunion verbleiben. Nur ein harter Euro kann die Vermögen der Geberländer schützen. Ein Festhalten am jetzigen Euro führt in eine lange Rezession.

Das Gespräch führte **Max Strozzi**  
Foto: Nova Portfolio

## Swap-Streit: Nowotny im Verhör



Notenbank-Gouverneur **Nowotny:**  
Auskunft zu Swap-Deal. Foto: Reuters

**Linz** – Brisanter Auftritt von Nationalbank-Gouverneur Ewald Nowotny: Der frühere Generaldirektor der Bawag wurde vor dem Sonderkontrollausschuss zur Linzer Affäre um vor vier Jahren abgeschlossene Swap-Geschäfte, um die jetzt ein Millionenstreit tobt, befragt.

Nach der einstündigen Befragung durch den Ausschuss lobte Nowotny die „korrekte und ruhige Atmosphäre“. Er

habe mit den Mitgliedern nur über die Zinsformel und über die Entwicklung des Schweizer Frankens gesprochen. Über das betreffende Einzelgeschäft sei nicht von ihm, sondern „vier Ebenen darunter“ entschieden worden.

Die Stadt Linz hat zur Absicherung einer auslaufenden Kreditlinie über 195 Mio. Schweizer Franken (damaliger Kurs: 152 Mio. Euro) mit der Bank eine Art Kurs-Zins-

Wette abgeschlossen. Durch den Kursanstieg des Franken ist der Wert des Swap 4175 inzwischen auf mehrere hundert Mio. Euro gewachsen, die zusätzlich zur Kredit-schuld zu zahlen wären. Die Stadt hat beschlossen, nicht mehr zu zahlen und reichte Klage ein. Die Bawag hat kurz nach der Zahlungsverweigerung den Vertrag gekündigt und mittlerweile ihrerseits geklagt. (APA)



## Chinas Wachstumsmotor stottert

Kursverluste an den Börsen hat die Meldung ausgelöst, dass Chinas Industrie auf Talfahrt geht. Im November schrumpften die Geschäfte so stark wie seit März 2009 nicht mehr. Die Weltbank sagt China heuer noch ein Wachstum von 9 Prozent voraus, für 2012 dann von 8 Prozent. Foto: AP

### Kurzmeldungen

#### Alpine vor Verkauf an Spanier

**Wien** – Österreichs zweitgrößter Baukonzern, Alpine, soll offenbar vom spanischen Konkurrenten FCC übernommen werden. Das Unternehmen mit Sitz in Madrid hatte 2006 bereits 80 Prozent der Alpine-Anteile erworben. Miteigentümer Dietmar Aluta-Oltyan dürfte laut Medienberichten seinen 20-Prozent-Anteil verkaufen. Die Alpine sprach von „Gerüchten“. (APA)



Der Baukonzern könnte zur Gänze an FCC in Madrid gehen. Foto: dpa

#### Urteil im BTV-Streit nicht vor Februar

**Innsbruck** – Am Mittwoch wurde erneut der Streit um gekürzte Betriebspensionen bei der BTV am Landesgericht in Innsbruck verhandelt. Nun sollen noch weitere Zeugen gehört werden, sagt Kläger Hugo Simma. Ein erstes Urteil könnte beim nächsten Prozesstermin im Februar fallen. (wer)

#### Ecclestone musste Pleite fürchten

**München** – Milliardär Bernie Ecclestone musste wegen Ex-BayernLB-Chef Gerhard Gribkowsky die Pleite fürchten. Die Chefin der Ecclestone-Stiftung sagte beim Gribkowsky-Prozess, der Banker habe 2006 angedeutet, Ecclestone bei den Steuerbehörden anzuzeigen – was ihn 2 Mrd. \$ kosten hätte können. (dpa)

#### Erneuerbare Energien legten zu

**Wien** – Der Verbrauch von erneuerbaren Energien ist in Österreich 2010 gestiegen. Laut Statistik Austria erhöhte sich dieser gegenüber dem Vorjahr um 7,4% und damit stärker als der Energieverbrauch insgesamt. Der erhöhte Endverbrauch sei vor allem auf staatliche Förderungen zurückzuführen. (dapd)

#### L’Oreal-Erbin muss Steuer nachzahlen

**Paris** – Die französische L’Oreal-Erbin Liliane Bettencourt soll 77 Millionen Euro Steuern nachzahlen. Die Summe komme zu den rund 30 Millionen Euro dazu, die bereits im Sommer als Nachforderung an die Milliardärin bekannt wurden, hieß es aus mit dem Fall befassten Kreisen. (APA, AFP)